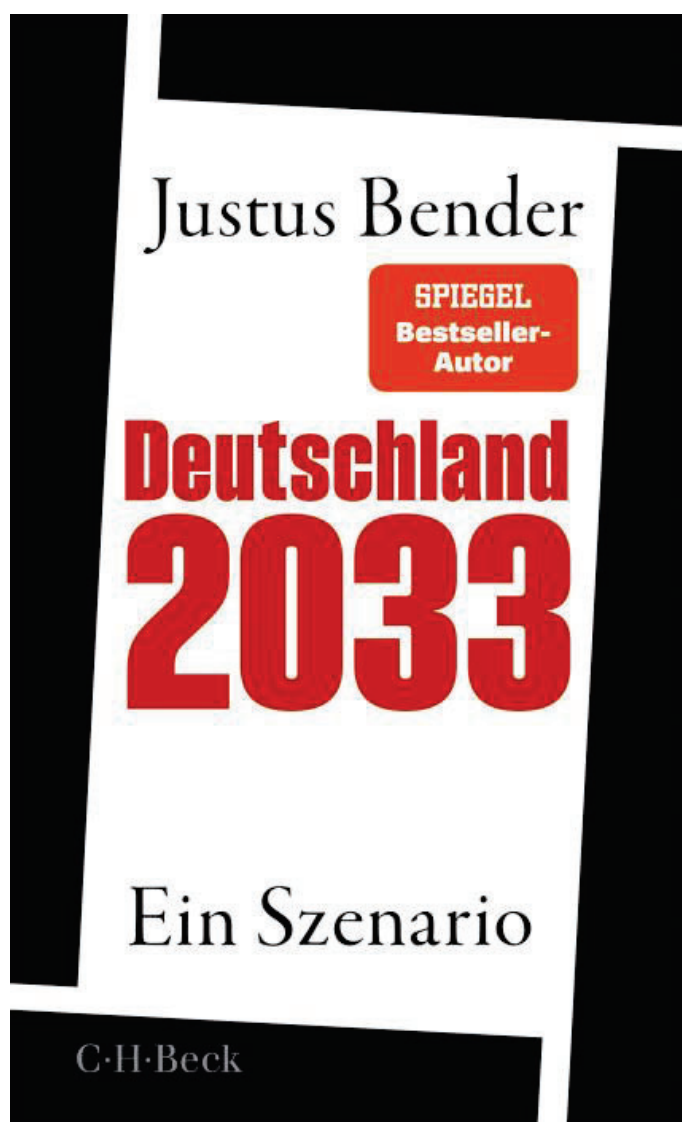


Unverkäufliche Leseprobe



Justus Bender
Deutschland 2033

Ein Szenario

2026. 284 S.

ISBN 978-3-406-85159-9

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/40847634>

C·H·Beck

PAPERBACK

Justus Bender

**DEUTSCHLAND
2033**

Ein Szenario

C.H.Beck

Copyright © 2026 Justus Bender

© Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, München 2026
Wilhelmstraße 9, 80801 München, info@beck.de
Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen
dieses Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.
www.chbeck.de
Umschlaggestaltung: BÜRO JORGE SCHMIDT, München
Satz: Fotosatz Amann, Memmingen
Druck und Bindung: Pustet, Regensburg
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 85159 9

www.chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

**«Niemand kann sich aus der Geschichte lösen;
sie wirft ihren Schatten über sein Schicksal.»**

Robert Kempner

**«Nichts geschieht von selbst;
alles muss getan werden.»**

Konrad Heiden

Inhalt

Deutschland 1933

9

Januar und Februar:

Die Sekunde Null

29

März und April:

Das «Rhythm o»-Experiment

73

Mai und Juni:

Dieses besondere Gefühl, rechts zu sein

115

Juli und August:

Ein Sog, den alle spüren

161

September und Oktober:

Die Volkskanzlerin

211

November und Dezember:

Die Welt von morgen

257

Deutschland 2026

271

Januar und Februar: Die Sekunde Null

Für eine Sekunde ist alles still. Es ist der Moment am Wahlabend, an dem alle das Ergebnis hören, aber noch niemand Gelegenheit hatte, etwas darüber zu sagen. Also kurz nach Schließung der Wahllokale. Es ist 18 Uhr und 1 Sekunde. Die Sekunde Null.

Wir wollen die Zeit in diesem unheilvollen Moment einmal anhalten und alles, was geschieht, wie in Zeitlupe betrachten. Menschen starren auf ihre Handys. Moderatoren stehen vor ihren Kameras, Politiker blicken auf ihre Leinwände. Dort sehen sie Balkendiagramme, Torten, Kurven. Die AfD hat bei der Bundestagswahl 36 Prozent erreicht und ist damit die stärkste Partei. Die Lämpchen an den Kameras leuchten rot, die Cursor blinken, die Handys vibrieren. Jetzt wissen es alle, jetzt muss jeder etwas sagen. Aber was sollen sie sagen?

Es wurde schon so viel gesagt seit Gründung der AfD. So unendlich viel. Es wurde gewarnt vor den Radikalen und vor der Menschenfeindlichkeit und vor Rassismus und vor diesem und vor jenem, und schon diese Aufzählung erzeugt ein Gefühl von Dagewesenem, das man kaum noch hören kann, weil alles so oft probiert wurde, ohne eine Wirkung zu haben, wie ein viereckiger Satzbaustein, den man jahrelang durch ein rundes Ohr zu pressen versucht. Man merkt doch irgendwann: Er passt nicht durch.

Alle diese Dinge wurden gesagt, um eine Angst zu erzeugen vor genau dieser Sekunde, die jetzt gekommen ist, einem Wahlergebnis von 36 Prozent für eine rechtsextreme Partei, das ihr

ermöglichen könnte, den Bundeskanzler zu stellen und damit die Richtlinienkompetenz innerhalb der Regierung zu erlangen. Jetzt müsste jemand etwas ganz Neues sagen; etwas, das jemand für klug halten könnte; etwas, das noch nicht alle gehört haben: Dass alles schon nicht so schlimm kommen wird. Dass die Welt nicht so schnell untergeht. Dass die Angst, die alle haben, vielleicht unbegründet ist oder übertrieben oder politisch motiviert und falsch.

Also sagt genau das irgendwer. Und weil es etwas ist, das in diesem Moment gerne gehört wird, weil es eine Sehnsucht der Menschen erfüllt, die gerade Angst haben, mögen es die Menschen, die diesem Redner zuhören, furchtbar gerne. Es erleichtert sie. Also sagen sie es auch, und dann sagen es auf einmal sehr viele, und immer wieder. Und alle, die es sagen, denen wird zugehört.

Politiker erklären, dass sie das Ergebnis respektieren, weil es eine demokratische Entscheidung der Wähler ist, und die haben in einer Demokratie nun einmal das Sagen. Alle Politiker müssten in der Lage sein, miteinander zu reden. Solche Sätze sind befreiend, denn sie vermeiden den Konflikt, der hässlich wäre, unerträglich vielleicht, bürgerkriegsartig. Fachleute geben ihnen recht. Die Strategie der Ausgrenzung sei gescheitert. Sie glauben, dass nun in den Parteizentralen ein Umdenken einsetzen wird. Die Bürger, die nicht AfD gewählt haben, sind müde. Wie oft haben sie mit Nachbarn, Kollegen und Verwandten gestritten. Haben Faktenchecks und den Verfassungsschutz zitiert oder Zeitungsartikel oder Wissenschaftler oder jede andere Autorität, von der sie meinten, sie würde noch eine Wirkung haben. Sollen sie nun, da die Sekunde gekommen ist, das alles noch einmal sagen, obwohl sie wissen, dass es nichts geholfen

hat? Sollen sie noch einmal anfangen mit dem historischen Datum, jenem Jahr einhundert Jahre in der Vergangenheit, das doch eine Mahnung sein müsste, ein moralisches Monument, ein Gewissensanker? Nicht schon wieder.

Politik ist auch nicht alles, was ein Leben ausmacht, man kann in seiner Familie oder seinem Freundeskreis wunderschöne Stunden erleben, der größte Teil einer öffentlichen Misere verschwindet, wenn man ihn nicht mehr auf dem Handy verfolgt, sondern einfach die Haustür schließt und abschaltet. In einer Demokratie sind nicht immer alle beteiligt, es gibt immer Gruppen, die sich zurückziehen, weil sie enttäuscht sind und ihre Ruhe haben wollen. Lange waren Menschen mit einem extremistischen Weltbild in dieser Rolle, weil sie das Gefühl hatten, dass ihnen ohnehin niemand zuhören würde. Und manchmal sind es die Anständigen, die sich zurückziehen, weil es auch nichts zu bewirken scheint, wenn sie sich beteiligen.

In der Elefantenrunde um 20.15 Uhr steht der Kanzlerkandidat der Union, Jens Spahn, und sagt, was zu sagen ist, als die Moderatorin ihm noch einmal etwas Düsteres entlocken will. «Frau Wellmer, ich stehe nicht hier, um den Menschen in Deutschland Angst zu machen, davon hatten wir im Wahlkampf genug. Wir wurden gewählt, um die Probleme zu lösen, und nicht um uns selbst Denkverbote und Kontaktverbote aufzuerlegen, die dieses Land blockieren. Und wofür wir sicherlich nicht gewählt wurden, ist, 36 Prozent der Deutschen politisch auszugrenzen und zu diffamieren. Das werde ich so morgen auch in den Gremien meiner Partei vertreten.»

Die Kanzlerkandidatin der AfD, Alice Weidel, wird gefragt, ob sie das freut. Schließlich klingt Spahn nicht mehr wie jemand, der sie verteufelt. Weidel lacht. «Freuen? Ich würde mich

nur über eines freuen: Wenn deutsche Politiker endlich wieder eine Politik für unser Land machen! Herr Spahns Partei, die CDU, hat den Karren in den Dreck gefahren, da freue ich mich doch nicht, wenn so jemand aufhört, mich als Nazi zu beleidigen. Da sage ich nur: Guten Morgen! Wir haben heute den klaren Regierungsauftrag erhalten. Aber wenn die CDU nicht bereit ist, sich zu bewegen, werden wir uns nicht verbiegen!»

Über diesen Satz von Weidel redet in den kommenden Tagen ganz Deutschland. Manchen macht er Hoffnung, weil Weidel so abwertend und distanziert über Spahn sprach und nicht freundlich und sympathieheischend, weil sie eine Annäherung will. Eine Hoffnung macht sich breit, sie lautet: Eine Koalition zwischen AfD und Union könnte auch am Widerstand der AfD scheitern. Und die AfD könnte dann als regierungsfaul und feige gelten, wofür die Wähler sie bestrafen könnten, wenn nach langen, ergebnislosen Verhandlungen Neuwahlen ausgerufen würden. Dieser Widerstand der AfD ermuntert viele in der Union, es doch einmal zu versuchen mit Sondierungen. Es ist das Einzige, das noch nicht versucht wurde, und immerhin gibt es die Chance, dass der Versuch für die AfD schlecht ausgeht und nicht den Untergang der CDU besiegelt. Ein Untergang, der im anderen Fall, nämlich dem, dass man alles so macht wie man es bisher gemacht hat, recht wahrscheinlich wirkt.

Politik ist auch die Kunst, das Unausweichliche zu tun. Aber man muss der Erste sein, der es verkündet. Man muss es als sein Eigenes verkaufen. Wer zögert oder noch einmal die Bedenken der vergangenen Jahre wiederholt, der verliert, weil er sich dann für alle sichtbar nicht aus freien Stücken in sein Schicksal fügt, sondern wie ein Leichtgewicht, das getrieben wird.

Die Ersten, die eine Koalition mit der AfD ins Gespräch bringen, sind deshalb nicht die Hitzköpfigen. Es sind nicht die Gedankenlosen, Verantwortungslosen, sondern die kühlen Kalkulierer. Die gewieften Strategen. All jene, die nicht erkennen können, welche Alternative es noch gibt. Das Jahr 2033 ist nicht das Jahr 2026. Es sind die anderen, die Bedenkenträger, die Mahner, die nun als Hitzköpfe und Hysteriker gelten. Als welche, die seit Gründung der AfD eine falsche Strategie verfolgt haben und nun an dieser Strategie festhalten wollen, wie Unbelehrbare. Seit dem Wahlergebnis von 2033 ist die Welt eben eine andere.

Schon im Jahr 2029 war die AfD mit der Union gleichauf gewesen, es hätte zu einer Koalition kommen können. Wer damals sicher annahm, dass die Union so etwas tun würde, hatte aber etwas Entscheidendes vergessen: Die gesamte Führungsriege war noch die alte. Die Union hatte, um vom Amtsbonus zu profitieren, niemanden ausgetauscht, sondern war mit vielen Gesichtern angetreten, die seit 2025 an der Bundesregierung beteiligt waren. Diese Politiker hatten in der sogenannten Brandmauer-Debatte schon Dutzende Male gesagt, beteuert und hoch und heilig versprochen, niemals mit der AfD zu koalieren. Und genau diese Riege war nach der Wahl im Jahr 2029 zuständig gewesen für die Sondierungsgespräche. Hätten sie ihr Wort gebrochen und mit der AfD eine Koalition angestrebt, hätte das nicht nur ihre Partei der erwartbaren Kritik ausgesetzt, sondern sie hätten sich auch persönlich unmöglich gemacht und um ihre politische Existenz gebracht. Ihre einzige Möglichkeit, weiterzumachen, bestand im Jahre 2029 darin, eine Koalition jenseits der AfD zu suchen. Alles war besser als der Wortbruch, auch eine Koalition mit den Grünen, von denen erwartet wurde, dass sie der Union den Nimbus einer postkonservativen, nach

links gerückten Volkspartei verschaffen würden, also genau das wahr machten, was die AfD der Union vorwarf. Aber das Personal des Jahres 2029 ließ gar keine andere Möglichkeit zu, und so koalitierten von 2029 an Union, SPD und Grüne in einer Kenia-Koalition, ein Name, der vier Jahre lang die hämische Unterstellung von AfD-Politikern ermöglichte, die Bundesregierung wolle aus Deutschland ein afrikanisches Land machen. Erst zur Bundestagswahl 2033 hatte die Union – unter dem Eindruck fallender Umfragewerte und einer immer stärker werdenden AfD – den Generationenwechsel eingeläutet. Jens Spahn war Kanzlerkandidat geworden und mit ihm trat eine Riege von Unionspolitikern an, die nicht moralisch urteilten über die Brandmauer-Strategie ihrer Vorgänger, sondern nüchtern feststellten, dass sie nicht funktioniert hatte. Wer nach der Wahl mit wem koalieren könnte, wurde deshalb im Wahlkampf nie beantwortet. Politiker der Union empfahlen den Wählern, ihnen 50 Prozent der Stimmen zukommen zu lassen, dann erübrige sich die Frage. Sei das Ergebnis anders, seien es wieder die Wähler, die entschieden, mit wem Mehrheiten möglich sind. So lautete die Sprachregelung. Tatsächlich lässt das Wahlergebnis des Jahres 2033 für die Union nur zwei Möglichkeiten zu: eine Koalition mit SPD, Grünen, FDP und Linkspartei, eine sogenannte Simbabwe-Ghana-Koalition. Oder es mit der AfD zu versuchen. Also entscheiden sie sich für die AfD.

In den folgenden Tagen passieren aufsehenerregende Dinge. Eine Kommentatorin der ARD vergleicht eine Regierungsbeteiligung der AfD mit der Machtergreifung der NSDAP. Wörtlich sagt sie: «In diesem Wahlkampf war der Begriff des Patriotismus in aller Munde. Hoffentlich war damit ›Verfassungspatriotismus‹ gemeint, denn das würde bedeuten, dass wir dem Geist

unseres Grundgesetzes folgen und die geschichtliche Lehre aus dem Jahr 1933 respektieren, dass nie wieder eine rechtsextreme Partei Deutschland in den Abgrund führen darf!»

Das macht viele Menschen sehr wütend. Sie zeigen die Journalistin wegen Volksverhetzung an, weil sie argumentieren, wer das Jahr 2033 mit dem Jahr 1933 vergleiche, beleidige die Wähler in einer freien Demokratie, die von ihrem Recht Gebrauch machten, eine legale Partei zu wählen – und relativiere damit die Nazi-Herrschaft. Die Staatsanwaltschaft nimmt, der Form halber, Ermittlungen auf, was begeisterte Reaktionen unter AfD-Anhängern findet. Andere werfen der Journalistin vor, dass sie doch wissen müsse, dass diese Sprache und solche Schubladen wie «rechtsextrem» in der Vergangenheit das genaue Gegenteil von dem bewirkt haben, was sie bewirken sollten, nämlich keine Schwächung, sondern eine Stärkung der AfD. Genau diese Art von Volkspädagogik sei es gewesen, die die AfD erst groß gemacht habe. In Zeitungen wird die «wehrhafte Demokratie» für gescheitert erklärt, weil sie in ihrer Repression ihre Gegner bestärkt und den liberalen Gedanken schwächt. Man kann den Liberalismus nicht verteidigen, wenn man selbst repressiv auftritt, heißt es. Das wirkt auf die Menschen in diesem Moment sehr überzeugend.

Der Kommentar hat Folgen. In Rundfunkräten wird darüber gesprochen. Der Intendant einer ARD-Anstalt verspricht, solche Kommentare in Zukunft zu unterbinden. So will er das verloren gegangene Vertrauen in die Öffentlich-Rechtlichen zurückgewinnen. Auf die Journalisten im Land hat das eine nachhaltige Wirkung: Wer vor der AfD warnt, steht im Verdacht, in den vergangenen Jahren nichts verstanden zu haben. Er zieht den Zorn der AfD-Anhänger auf sich und die Zweifel der AfD-

Kritiker, die glauben, man dürfe der AfD nun keine Steilvorlage liefern. Ein AfD-Abgeordneter macht sich im Internet darüber lustig, dass Menschen sich auf das Grundgesetz beziehen und damit für Toleranz werben: «Die Väter des Grundgesetzes haben Artikel 4 gewiss nicht für orientalische Muslime verfasst. Ich kann nur wiederholen: Das Grundgesetz ist nicht für den Islam gemacht.» Später kommt heraus, dass er diesen Satz so schon viele Jahre zuvor geäußert hatte. Es war gewissermaßen ein historisches Zitat.

In den nächsten Tagen registriert die Bundespolizei unerwartet viele Ausreisen. Noch gibt es keine genauen Statistiken, aber Reporter führen Interviews in den Abflughallen großer Flughäfen, und es sind Deutsche mit syrischem und afghanischem Migrationshintergrund, die aus Deutschland fliehen, weil sie persönliche Nachteile befürchten in einem Land, das von Menschen regiert wird, von denen sie in der Vergangenheit als kriminelle Schmarotzer, Betrüger und Bedrohung bezeichnet wurden.

Die AfD jubelt über diese Vertreibung. AfD-Abgeordnete wünschen «Gute Reise!», einer sagt: «Und die ganze Front der Deutschland-Hasser und National-Masochistischen, die kann gleich mitreisen!» Das Überraschende ist aber nicht der Ton der AfD-Politiker, sondern der der anderen. Sie zögern damit, empört zu sein. Manche sagen, eine freiwillige Rückkehr sei immer vorgesehen gewesen im deutschen Asylsystem, und ignorieren, dass die Betroffenen längst Staatsbürger sind oder eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung haben. Manche hoffen, dass nach der Abreise von Migranten weniger Menschen die AfD unterstützen werden. Sie haben das Gefühl, nicht unendlich solidarisch sein zu können, weil nun sie selbst bedroht

sind und ihr demokratisches System. Sie wollen es nicht opfern für Syrer. Also schweigen sie. Es ist keine laute Stimmung in diesen Tagen, alles ist leise, sprachlos. Und der Widerstand ist viel geringer, als Menschen das früher vermutet hätten, weil niemand mehr an seine Wirkung glaubt. Die Menschen fügen sich. Sie grummeln. Sie geben fatalistische Sätze von sich. Reden über das Auswandern, aber das soll nur die Anspannung und den Druck reduzieren, keiner macht es wirklich. Wohin auch.

Lehrer besprechen das Wahlergebnis in den Schulen, aber sie müssen aufpassen. Die AfD hat Meldeportale eingerichtet, in denen Schüler alle Lehrer denunzieren können, die von ihrem Neutralitätsgebot abweichen. Eigentlich dürfen Lehrer ihren Schülern demokratische Werte vermitteln, dazu gehören auch die Prinzipien der wehrhaften Demokratie, beispielsweise dass Extremisten gegenüber keine Neutralität herrschen darf, so wie damals in der Weimarer Republik. Ein Lehrer darf also Extremisten als solche benennen und vor ihnen warnen.

Aber im Jahr 2033 hat sich die Stimmung in der Gesellschaft verändert. Mit einer AfD, die gerade 36 Prozent geholt hat, kann ein Lehrer nicht sagen, dass mehr als ein Drittel aller Eltern seiner Schüler falsche Überzeugungen haben. Er könnte schon, aber dann muss er mit den Konsequenzen leben.

Mittlerweile sitzen auch in den Schulbehörden und Regierungspräsidien viele AfD-Vertreter. Die Lehrer zeigen den Schülern also die Balkendiagramme und sagen: «Die Regierung wurde abgewählt. Die Opposition hat die meisten Stimmen erhalten und deshalb den Regierungsauftrag. Jetzt finden Sondierungsgespräche unter den möglichen Koalitionspartnern statt. Das ist Demokratie. Kennt ihr weitere Beispiele von Regierun-

gen, die in der Vergangenheit abgewählt wurden?» Ein Schüler meldet sich und sagt: «Merkel!»

50 Schauspieler unterzeichnen einen offenen Brief, in dem sie warnen, was eine AfD-Regierung für das Land bedeuten könnte. Wie sehr ein Exportland wie Deutschland durch einen EU-Austritt bedroht wäre. Warum die deutsche Wirtschaft vom Euro immer profitiert habe. Was in einer überalterten und geburtenarmen Gesellschaft passiere, wenn keine Migranten mehr kommen. Viele Schauspieler haben bekannte Gesichter, sind bei den Deutschen beliebt. Aber der offene Brief wird entweder höhnisch verlacht oder mitleidig belächelt. Natürlich verändert er nichts.

An den Universitäten kommen Ängste auf. Die AfD hatte angekündigt, auszumisten, wie sie es nannte, also alle Fachbereiche, die in der Vergangenheit mit progressiven Themen in Verbindung gebracht wurden, mit Kürzungen zu bestrafen. Als sich in Mannheim ein Germanistikprofessor, der über die Geschichte der feministischen Literatur forscht, öffentlich entsetzt über das Wahlergebnis äußert, wird an seinem Institut gefragt, ob das sein müsse. Ob es klug sei, die AfD auf sich aufmerksam zu machen, wenn die Geschichte doch bewiesen habe, dass solche öffentlichen Äußerungen ohnehin keinen Unterschied machen. Ob er wolle, dass mit den Kürzungen bei ihnen angefangen werde, und wem damit eigentlich geholfen sei. Der Germanistikprofessor sagt alle Interviewanfragen ab.

Die Bundestagswahl liegt erst wenige Tage zurück, aber die Stimmung ist schlagartig eine andere. Das alles passiert, obwohl die AfD nicht regiert. Sie ist nur erfolgreich gewesen. Wie in einem Magnetfeld richten Menschen ihre Kompassnadel nach ihr aus. Was auch immer diese Situation geschaffen hat, man

kann sicher sein, dass der Ursprung weit in der Vergangenheit liegt, und alles, was jetzt, 2033, geschieht, nur die Konsequenz daraus ist.

Die AfD meldet eine Flut an Spenden und Aufnahmeanträgen. All die Jahre, in denen die Partei früher gewachsen war, hatten sich Menschen für sie entschieden, obwohl es ihnen schadete. Freunde und Verwandte hatten sich von ihnen abgewendet, sie hatten Kunden verloren. Es hatte Mut erfordert, in die AfD zu gehen, man musste etwas aushalten können.

Heute ist es andersherum. Es erfordert Mut, sich gegen die AfD zu stellen. Wer eintritt, kann darauf hoffen, Vorteile zu haben, sobald die Partei regiert. Also wird sie überschüttet mit Mitgliedsanträgen. Und vielen in der AfD ist das gar nicht recht. Jahrelang haben sie sich beleidigen lassen von der Gesellschaft, nun möchten sie kein Hafen sein für Trittbrettfahrer, die auf ihren Vorteil hoffen. Die besonders Radikalen in der Partei fürchten außerdem eine Verwässerung, wenn lauter Normalbürger eintreten. Also verfügt die Partei einen sofortigen Aufnahmestopp. Auf die Mitgliedsbeiträge ist sie ohnehin nicht angewiesen. Dafür sorgen die Unternehmensspenden. Internationale Großkonzerne hatten in der Vergangenheit stets ihre Weltoffenheit betont und mehr oder minder deutlich gemacht, dass sie die AfD ablehnen. Nun fürchten sie die Rache. Also erklären etliche DAX-Konzerne, aus Respekt vor den deutschen Wählern, wie es in ihren Pressemitteilungen heißt, künftig auch der AfD hohe Summen zu spenden.

Politisch interessierte Bürger sind sprachlos. Sie hätten nicht erwartet, dass eine Gesellschaft, in der eben noch alle vor der AfD warnten, so zahm, so gefügig sein könnte. Und natürlich gibt es ihn noch, den Widerspruch, er wird aber immer vager.

Menschen sagen, sie hätten langsam genug von «dieser Politik». Oder fragen, ob man nicht ausnahmsweise über das Wetter reden könne. Auf Geburtstagsseinladungen steht: «Bitte keine Politik!» Daneben ein Zwinkersmiley.

Bestärkt wird diese Stimmung von AfD-Politikern. Es ist nicht so, dass die Partei ihre Strategie verändert. Es ist eher eine Frage von Angebot und Nachfrage auf dem Meinungsmarkt. Als gemäßigte AfD-Politiker sagen, dass eine Regierung unter ihrer Führung keineswegs radikale Experimente machen werde, sondern sich der Verantwortung für das Land bewusst sei, stürzen sich alle darauf. Es ist die erste Meldung in den Abendnachrichten, der Aufmacher auf Seite eins. Aus keinem anderen Grund als dem, dass alle sich danach sehnen, die Geschichte möge gut ausgehen. Wer hingegen hetzerische Zitate anderer AfD-Politiker anführt, die es genauso gibt, wird augenrollend gebeten, etwas aus dem Wahlkampf zu lernen, in dem genau das monatelang herauf und herunter diskutiert worden sei.

In einem Podcast wird ein altgedienter Politiker der CDU gefragt, welche Versäumnisse es gegeben habe, und er antwortet mit einem Satz, der den Zuhörern wenig Hoffnung lässt, der von vielen aber als wahr erachtet wird: «Wir haben nichts getan, als man noch etwas hätte tun können, weil wir damals schon zweifelten, ob es eine Wirkung haben würde. Dabei wurden unsere Möglichkeiten immer kleiner, je länger wir gewartet haben. Heute gibt es kaum noch etwas, das wir tun können.»

Im Wahlkampf hatte es einen Skandal gegeben, ein Strategiepapier eines stellvertretenden hessischen Landesvorsitzenden war an die Öffentlichkeit gekommen, in dem dieser weitreichende Maßnahmen ersonnen hatte für den Fall, dass die AfD an die Macht käme. Vertreter der politischen und gesellschaft-

lichen Elite sollten angeklagt werden. Die Politiker wegen Verletzung ihres Amtseides, jederzeit zum Wohle des deutschen Volkes zu agieren. Die Vertreter der gesellschaftlichen Eliten wegen Volksverhetzung, weil in der Lesart von AfD-Vertretern die Abwehr extremistischer Positionen ihrerseits als undemokratisch, also extremistisch eingestuft wird. Die «Demokratieschützer» sollten also genau das Schicksal erfahren, das sie vorher den Extremisten zuteilwerden ließen: Beobachtung durch den Verfassungsschutz, berufliche Nachteile für Beamte, gesellschaftliche Ächtung.

Das Strategiepapier enthielt zahlreiche weitere Ideen, wie etwa eine Reform der Richterbestellung, in der Kriterien wie «politische Neutralität» eingeführt werden sollten, die in der Praxis bedeuteten, dass Richter nicht «irrigen» Ideen wie einer «wehrhaften Demokratie» oder einer «Verfolgung der demokratischen Opposition» anhängen dürften. Auch eine weitreichende Reform des Staatshaushalts kam vor. Nichtregierungsorganisationen, die staatliche Unterstützung erhalten wollten, sollten ihre «weltanschauliche Neutralität» beweisen. Wer Ziele verfolgte, die auf eine Teilhabe von Minderheiten, Homosexuellen, Frauen, Ausländern, Muslimen hinausliefen, sollte nicht weiter unterstützt werden, um den «Sumpf» des «tiefen linkswoken Staates» trockenzulegen, wie es in dem Papier hieß. Einen wirklichen Skandal verursachte der dritte Abschnitt des Papiers, der mit der Überschrift «Zuhause ist es doch am schönsten» versehen war. Darin wurden Maßnahmen beschrieben, die Deutsche mit Migrationshintergrund zur Auswanderung bestärken sollten. Neben einer geringen «Rückreiseprämie» waren Ideen aufgelistet, wie die Bundesrepublik zum Auswandern «ermuntern» könne. So wurde angekündigt, das Staatsangehörigkeitsgesetz

zu verändern, sodass schon bei geringen Vergehen die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden kann, wenn die Täter noch eine andere Staatsangehörigkeit haben. Verfassungsrechtliche Bedenken wurden in dem Strategiepapier selbst thematisiert. Sie wurden gar nicht geleugnet. Das Argument war ein anderes: «Von alles entscheidender Bedeutung ist die Geschwindigkeit der Aktion. Es dauert, bis die Gerichte etwas machen können. Bis dahin sind viele schon außer Landes gebracht. Und dann können wir uns immer noch weigern, Mehmet und Ayşe wieder reinzulassen. Schließlich gibt es in den Papieren oft Verwirrung bei der Schreibweise arabischer Namen!» In diesem Ton war das Papier verfasst, mit einem hämischen Witz, der davon lebte, dass AfD-Anhänger bissig lachten, weil der Vorschlag brutal war und hart und deshalb mutig.

Natürlich war die Öffentlichkeit entsetzt, als das Papier bekannt wurde. Die Menschen schäumten. Der Verfassungsschutz gab einen seltenen Hinweis zur Tagespolitik, nämlich, dass die Vorschläge verfassungsfeindlich seien. Politiker aller Parteien sprachen von «Nazi-Methoden», von einem Plan zur «ethnischen Säuberung», verglichen die AfD mit der NSDAP. Selbst AfD-Politiker distanzierten sich, sprachen nicht von einem «Papier», sondern einem «Wisch», das irgendeine «verirrte Seele im Privaten» geschrieben habe. Sie verwiesen auf die Beschlusslage der Partei, die nichts dergleichen beinhaltete. Sie sagten, gut integrierte Menschen hätten von der AfD nie etwas zu befürchten gehabt. Der stellvertretende Landesvorsitzende, der das Papier geschrieben hatte, wurde zum Rücktritt gezwungen. Sein Abgeordnetenmandat im hessischen Landtag behielt er.

Ein solcher Skandal, mitten im Wahlkampf, war für die AfD

ein Schock gewesen. Sie verlor in den Umfragen. Zigtausende Demonstranten zogen durch deutsche Städte. Als die erste Aufregung vorüber war, fragten AfD-Politiker, warum ein drei Jahre altes Papier ausgerechnet jetzt öffentlich geworden sei, und ausgerechnet durch öffentlich-rechtliche Medien, denn die ARD hatte zuerst darüber berichtet. Sie höhnten, man suche nun wohl in allen Schubladen der Republik nach wirren Papieren, nur um der AfD zu schaden. Mit diesem Papier, das jeder Grundlage entbehre, habe sich das gesammelte Establishment «heftig blamiert», hieß es. In TikTok-Videos stellten AfD-Anhänger ihre eigenen «Strategiepapiere» vor, mit vollkommen absurden Ideen, etwa einer Pflicht für alle Schüler, die Regenbogenfahne der LGBTQ-Community am Schulranzen zu tragen. «Na? Ist das jetzt die neue Linie der AfD, weil ich irgendein Geschreibsel in meiner Schublade liegen habe?», fragte ein AfD-naher Influencer in die Kamera. Bei den Bürgern kam an, dass es ein schlimmes Papier gebe; dass die Umstände, wie es an die Öffentlichkeit gekommen sei, aber auch nicht in Ordnung waren. Immer mehr Menschen fragten, was eigentlich so schlimm sei an der AfD. Bis zum Wahltag hatten sich die Umfrageergebnisse der AfD vollkommen erholt.

Gefühlt ist das alles schon wieder eine Ewigkeit her. Es ist jetzt Ende Februar 2033, die Unionsparteien nehmen nach langen Diskussionen zum ersten Mal die Einladung der AfD-Führung zu einem Sondierungsgespräch an. Es gibt nur wenige Teilnehmer, die Kanzlerkandidaten, die Parteivorsitzenden, die Generalsekretäre und die Fraktionsvorsitzenden. Für beide Seiten ist es ein Sieg, wenn ein erstes Treffen in harmonischer Atmosphäre verläuft. Die Union kann zeigen, dass sie es nicht mit Wilden zu tun hat, die AfD kann sich staatstragend geben

und so ihren Machtanspruch betonen. Es gibt keine gemeinsame Pressekonferenz, nur ein Foto von Alice Weidel und Jens Spahn, wie sie in entspannter Haltung und mit freundlich zugewandten Gesichtern die AfD-Bundesgeschäftsstelle verlassen und zu ihren Limousinen laufen. Das Bild geht um die Welt. Manche sagen, man dürfe sich nicht täuschen lassen. Dass Weidel nun so zahm wirke, sei Strategie. Also sagen andere, man müsse abwarten, wie es komme. Stimmen, die von einer Gewissensfrage sprechen, von einer Schicksalsstunde für die Bundesrepublik, von einem unaussprechlichen Tabubruch, werden als Ewiggestrige abgetan, die sich im Jahr geirrt hätten. So wie im Jahr 2026 könne man heute nicht mehr sprechen. Nicht in dieser Lage.

So bricht das Tabu. So fällt die Gesellschaft. Nur wer in diesem Szenario etwas findet, das er unrealistisch nennen kann, könnte behaupten, dass es nicht genau so möglich wäre.

In einer Talkshow wird ein AfD-Politiker gefragt, ob er rechtsextrem sei, und zum ersten Mal bejaht er. «Ich bin rechts, und das darf man auch sein, und extrem zu sein, das wurde in den letzten Jahren so oft als politische Waffe benutzt, dass ich es ab heute als Ehrenabzeichen tragen will: Ja, ich bin rechtsextrem! Diese ganze Verunglimpfung unserer Arbeit zeigt doch nur, dass wir dem Establishment gefährlich werden, also können wir stolz darauf sein!»

Werden Menschen auf der Straße von Demoskopen gefragt, was an der AfD problematisch sei, antworten immer mehr: «weiß nicht/keine Angabe».

Vielleicht hätte es jemand erklären sollen. Und zwar im Detail. Jahrelang hatte die Diskussion über die AfD davon gehandelt, Oberflächlichkeiten auszutauschen. Meist war es eine ein-

zelne Äußerung, die besonders anschaulich sein sollte und an der verdeutlicht werden sollte, wie schlimm, wie verkommen die AfD sei. Es wurde darauf geachtet, das Publikum nicht zu überfordern. Schließlich las kein Normalbürger die mehrere hundert Seiten langen Einstufungsvermerke der Verfassungsschutzbehörden. Man wollte das Argument unterbrechen. Also sagten Politiker zum Beispiel: «Nazi-Partei». Oder: «Die AfD will die Demokratie abschaffen.» Oder: «Die AfD ist eine menschenfeindliche Partei.» Die Überlegung war, dass man AfD-Politiker, die für schrille und plumpe Parolen bekannt waren, in ihrer Lautstärke und Form übertreffen musste, um diesen Teil des Publikums zu erreichen.

Was, wenn das gar nicht stimmte? Schließlich hatten sich viele AfD-Anhänger auch durch hunderte Seiten von Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* und seine Folgebücher gearbeitet. Sie hatten komplizierte kriminologische Statistiken im Internet verbreitet, wenn sie ihrer Weltanschauung dienten. Hatten ein ganzes rechtsextremes Vorfeld mit akademischen Debatten finanziert und wahrgenommen, mit durchaus komplexen Gedanken. Vielleicht waren die schrillen Parolen nur Ausdruck ihrer Radikalität, nicht aber einer geistigen Plumpheit. Schon zur Zeit der Gründung waren die Ideen von AfD-Vertretern, die sich im Internet verbreiteten, nicht nur plumpe Ressentiments gewesen. Die Idee etwa, Muslime seien nicht mit der deutschen Gesellschaft kompatibel, wurde mit komplexen kulturtheoretischen Überlegungen untermauert. An der Gegenposition wurde jeweils mit großer Lautstärke gearbeitet und mit viel medialer Beachtung. Aber es wurde selten im Detail argumentiert. Es wurde kursorisch von Toleranz gesprochen. Es wurden keine Koransuren angeführt, wie die AfD-Seite Koran-

suren anführte. Manchmal wurden Zitatlisten verbreitet, mit dem Ziel, den rüden Ton und die empörenden Absichten zur Schau zu stellen, aber nur selten wurde Schritt für Schritt und nachvollziehbar erklärt, worin genau das systemische Problem dieser Weltanschauung liegen könnte.

Oft wurden einprägsame Beispiele gesucht, die an historische Vorbilder anknüpfen, etwa Naziverherrlichung oder blanker Rassismus. Der offensichtliche Rassismus zeigte Wirkung, weil er nicht erklärt werden musste. Tiefergehende Debatten fanden nur an Universitäten statt oder in gelegentlichen Gastbeiträgen von Extremismusforschern, aber nicht im populären Mainstream. Es war, als wüssten die meisten Bürger auch nicht so genau, was rechtsextrem eigentlich heißt. Als wären sie gegenüber ihren Nachbarn, Kollegen und Freunden gar nicht richtig sprechfähig gewesen, um in immer neuen Variationen das Problem auf den Punkt zu bringen. Als hätte man also, viele Jahre in der Vergangenheit, eine Chance vertan, den Meinungsstreit zu führen und – wenn möglich – für sich zu gewinnen. Mit einer Frage, die sich viele Menschen wirklich stellen: Was ist eigentlich das Problem an der AfD?

Es gibt zwei Dinge, die der AfD besonders häufig vorgeworfen werden, das eine ist ein Angriff auf die Menschenwürde, das andere ist eine Verachtung für das Demokratieprinzip. Auf beides gibt es einfache Antworten von AfD-Politikern. Der Verstoß gegen die Menschenwürde wird oft mit einzelnen Zitaten belegt. Hier sagt ein AfD-Politiker etwas gegen Syrer, dort sagt ein anderer etwas gegen Afghanen. Für sich sind diese Zitate oft schwach und die Urheber vielleicht nicht so wichtig. Also wird gefragt, ob man in Deutschland nicht einmal mehr sagen könne, was man denke, ohne gleich als Rechtsextremer bezeichnet zu

werden, und jeder, mit dem man einmal einen Kaffee getrunken habe, gleich auch.

Die andere Antwort von AfD-Politikern lautet, dass eine Partei wohl kaum gegen das Demokratieprinzip sein könne, wenn sie selbst – erstens – demokratisch verfasst sei und – zweitens – mehr Demokratie fordere statt weniger. Also etwa Volksentscheide statt Parlamentsabstimmungen. Die AfD-Anhänger haben diese Argumente parat, auch andere haben sie verbreitet.

Unter denen, die eine rechtsextreme Politik ablehnen, gibt es solche Standard-Antworten nicht. Sie sind nicht textsicher. Sie haben oft nur eine diffuse Grundüberzeugung und beschäftigen sich in ihrem Alltag nicht damit, über extremistische Ideen nachzudenken. Das sollten sie aber spätestens dann tun, wenn ihre Gesellschaft dabei ist, sich nach diesen Ideen auszurichten.

Mit dem Verstoß der AfD gegen die Menschenwürdegarantie ist es ganz einfach. Angenommen, die AfD würde Menschen mit roten Haaren ablehnen (was sie nicht tut). Es ist ein Beispiel, ein Gedankenspiel, um ein Prinzip zu verdeutlichen.

Natürlich wäre nichts dabei, wenn ein einzelner AfD-Politiker mit einem Zitat bekannt würde, in dem es heißt: «Mit Rothaarigen habe ich schon aus rein ästhetischen Gründen ein Problem.» Dieses Zitat wäre nicht verfassungsfeindlich. Es wäre nicht schön für Rothaarige, das stimmt, und wahrscheinlich würde dieser Politiker von vielen Rothaarigen nicht mehr gewählt werden und auch nicht von jenen, die sich nur die Haare rot färben. Andere AfD-Politiker, die auf die Äußerung angesprochen werden, könnten sagen: «Das ist ein Einzelfall. Wir beschäftigen uns nicht mit Haarfarben. In unserem Programm steht das nicht.» Wenn sie gefragt werden, ob sie sich distanzieren wollen, sagen sie: «Du meine Güte, haben Sie keine anderen

Probleme? Bitte wenden Sie sich an den Kollegen, der das gesagt hat.» Der Betreffende erlebt Empörung, also sagt er irgendwann: «Ich habe nur gesagt, was viele denken. Nicht jedem gefallen rote Haare, vielleicht darf man das noch sagen in einem freien Land. Aber wenn es Ihnen hilft: Ich habe eine Bekannte, die rote Haare hat, und die sagte mir, sie finde meine Aussage nicht schlimm, sondern ehrlich.»

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de